

Beschluss des Landrats vom 02.09.2021

Nr. 1041

26. Fragestunde der Landratssitzung vom 2. September 2021 2021/460; Protokoll: ps

1. Andreas Bammatter: Einbindung des Kantons als Arbeitgeber für Ü50 Mitarbeitende

Andreas Bammatter (SP) bedankt sich für die Beantwortung. Das Thema ist bereits länger auf der Traktandenliste, weshalb es umso wichtiger ist, dass es ernsthaft weiterverfolgt wird.

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) versteht das Bedürfnis, sich zu bedanken, bittet jedoch darum, sich nur bei Zusatzfragen zu melden.

2. Christina Jeanneret: Impfquote erhöhen und andere Massnahmen bei aktuell steigenden Fallzahlen

Christina Jeanneret-Gris (FDP) hat folgende Zusatzfrage zur dritten Antwort: Die Spitalsituation ist angespannt. *Aufgrund welcher Parameter wird die Lage neu beurteilt, und ist vorgesehen, dass eine Mit-Beurteilung durch einen Infektiologen erfolgt?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) erklärt, es gebe ein Eskalationskonzept, das vom Krisenstab genehmigt wurde. Das Ganze wird von den Spitalleitungen nach bestimmten Kriterien der Bettenbelegung ausgelöst. Der kantonsärztliche Dienst ist involviert, auch immer gestützt auf die Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit (BAG).

3. Jan Kirchmayr: Impfbusse fürs Baselbiet

Jan Kirchmayr (SP) hat eine Zusatzfrage: Es ist von mobilen Teams die Rede. *Wie sollen diese die Leute erreichen, die noch nicht geimpft sind, und wie kann die Sichtbarkeit der mobilen Teams erhöht werden, braucht es mehr Ressourcen?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) führt aus, dass im Covid-Management BL, der speziellen Abteilung des Amts für Gesundheit, die ab dem 5. September 2021 die Führung übernehmen wird, flexibel reagiert werden könne. Im Regierungsratsbeschluss sind Rahmenausgabenbewilligungen enthalten, damit die Personalsituation flexibel angepasst werden kann, sei dies beim Contact-Tracing oder auch beim Teilprojekt Impfen oder breites Testen. Ziellos im Kanton herumfahren wird nicht als zweckmässig erachtet. Die Situation wird beobachtet, und stellt man fest, dass die mobilen Teams aufgestockt werden sollten, wird dies selbstverständlich flexibel getan.

Zur Sichtbarkeit: Es gibt einen permanenten Aufruf zum Impfen. Die Firmen wurden angeschrieben. Stellt eine Institution ein Gesuch, wird dies geprüft.

Felix Keller (CVP) stellt folgende Zusatzfrage: Er hat mit Freuden festgestellt, dass es am letzten Allschwiler Markt am Samstag einen Impf-Informationsstand gab. Man hätte einen Impf-Bus hinstellen können. *Sind vermehrt solche Informationen geplant?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) bestätigt dies. Die Informationen sind sehr wichtig, vor allem auch diejenigen in fremden Sprachen, wie festgestellt wurde. Es gibt viele Ferienerückreisende, namentlich vom Balkan, die schlecht erreicht worden sind. Zum Teil wird auch in Zusammenarbeit mit religiösen Gemeinschaften versucht, das Impfen publik zu machen. Es gibt

relativ viele Personen, die schlecht erreichbar sind. Information und Kommunikation sind sehr wichtig und scheinen auch zu wirken. Während mehreren Wochen gab es 400-500 Impfungen pro Tag, gegenwärtig sind es 1'000, und ein grosser Teil sind Erstimpfungen. Die Tatsache, dass es in den Spitälern jüngere Leute zwischen 30 und 50 Jahren gibt, schärft das Risikobewusstsein für diese Bevölkerungsgruppe. Bisher waren die über 70-jährigen gefährdet, die Impfquote bei den über 80-jährigen beträgt mittlerweile gegen 90 %, bei den über 70-jährigen gegen 80 %. Diese Gruppen haben sich gesagt, dass eine Impfung sicherer ist als keine. Dieser Prozess findet nun bei den 20 bis 60-jährigen statt. Er sollte noch etwas schneller gehen. Granit Xhaka ist ein unfreiwilliger Werbeträger – er war der einzige Ungeimpfte in der Nationalmannschaft. Die Alterskategorie geht ein gewisses Risiko ein, auch wenn sie sportlich und fit ist, wenn sie auf die Impfung verzichtet. Jede Person kann frei entscheiden, ob sie sich impfen lässt oder nicht, aber man muss allen nahelegen, eine Risikoabwägung vorzunehmen für die eigene Situation und das Umfeld. Für die grosse Mehrheit der Bevölkerung ist das Risiko einer Nicht-Impfung erheblich grösser einzuschätzen als das Risiko einer Impfung. Dies muss immer wieder kommuniziert werden.

4. Peter Hartmann: Leistungsabbau der Post bei der Briefkastenleerung und Postzustellung im Baselbiet

Peter Hartmann (Grüne) hat eine Zusatzfrage zu Frage 1 («Auf Nachfrage wurde dem Regierungsrat mittlerweile ein Gesamtüberblick zugestellt»): *Ist der Regierungsrat bereit, diesen Gesamtüberblick auch der Baselbieter Bevölkerung zuzustellen?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) sagt, es gebe einen regelmässigen Kontakt mit der Post. Auf Nachfrage erhielt man eine summarische schweizweite Übersicht. Es gab zum Teil kleinere Verschiebungen um eine halbe Stunde. Die Post sagt, dass in stark frequentierten Zentren Samstags- und Spätleerungen weiterhin sichergestellt sind. Die Übersicht wird dem Fragesteller zugestellt.

5. Sven Inäbnit: Digitalisierung im Schweizerischen Gesundheitswesen

Sven Inäbnit (FDP) hat folgende Zusatzfrage: Der Scherbenhaufen gibt zu denken. *Ist der Regierungsrat bereit, nebst der ideellen Unterstützung für eine Nachfolgelösung für die Impfdaten von sicher mehreren hundert Baselbieterinnen und Baselbieter, sich auch finanziell zu beteiligen, damit die Daten gerettet und wieder zur Verfügung gestellt werden können?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) führt aus, die Digitalisierung im Gesundheitswesen und eHealth seien ein zentrales Anliegen. Der Landrat hat bereits entsprechende Strategien zur Kenntnis genommen. Es ist folgerichtig, sich dafür einzusetzen. Mit Befremden hat der Regierungsrat zur Kenntnis genommen, dass es einen Misserfolg gegeben hat. Es ist wichtig für das Vertrauen in die Digitalisierung, dass Bürgerinnen und Bürger, die Daten eingespielt haben, diese wieder zurückerhalten und Zugriff darauf haben. Das ist dem Regierungsrat ein Anliegen. Das soll nicht als Einzelaktion angegangen, sondern in der GDK thematisiert werden. Zeigt sich dort, dass man mit einer finanziellen Unterstützung der Kantone schneller oder besser zum Ziel kommt, wird sich der Regierungsrat entsprechend einbringen.

6. Marc Scherrer: Wartezeiten der Baugesuch-Bewilligungsverfahren

Marc Scherrer (CVP) hat zwei Zusatzfragen: In der Beantwortung steht, dass zwei zusätzliche Stellen für das Bauinspektorat eingeplant sind. Die Statistik zeigt, dass 2021 die Baugesuche gegenüber dem Vorjahr um 30 % zugenommen haben. Dies ist ein massiver Anstieg. Rechnet man das linear weiter, ergibt dies für die nächsten Jahre nochmals einen deutlichen Anstieg. *Reichen*

die zwei im AFP eingeplanten Stellen? Konnte aufgrund der vom Kanton angeordneten Home-office-«Pflicht» – das war nicht für alle Mitarbeitenden so, weil gesagt wurde, man könne ins Büro, wenn gewisse Arbeiten nicht effizient von zu Hause aus erledigt werden konnten – festgestellt werden, dass die Leistung gesunken bzw. die Abarbeitung der Baugesuche zurückgegangen ist?

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) hält fest, es gebe einen massiven Anstieg bei den Baugesuchen. Diese Entwicklung ist grundsätzlich erfreulich. Offensichtlich hat die Bauwirtschaft die Krise bis jetzt gut überstanden. Dies ist auch in einem gewissen Sinn den guten Rahmenbedingungen zu verdanken. Ein Zuwachs an Arbeit ist anspruchsvoll. Bei einem Baugesuch hat das Bauinspektorat zwar den Lead, aber es gibt viele Beteiligte wie die Gemeinden, Fachstellen und nicht zuletzt auch die Gesuchstellenden. Das macht es in der Summe aus, ob ein Gesuch zügig und rechtzeitig bearbeitet und abgeschlossen werden kann. Es ist ein grosser Arbeitszuwachs. Man weiss nicht, wie dies in den Folgejahren aussehen wird. Dem Kanton geht es finanziell besser – abgesehen von den Schwierigkeiten, die Covid-19 bereitet – auch weil man sorgfältig und hausälterisch mit den Mitteln umgeht. Mittel sollen nicht auf Vorrat eingestellt werden. Es braucht mehr Ressourcen, und die Gesuche sollen so rasch als möglich bearbeitet werden. Deshalb wurden zwei Stellen vorgesehen, was reichen sollte. Würde die Entwicklung so weitergehen, wäre zu prüfen, was es tatsächlich braucht.

Das elektronische Baugesuchverfahren (eBau) könnte einiges vereinfachen, aber im Moment verursacht es einen Mehraufwand. Die Leistung des Bauinspektorats ist sehr gut. Dies sieht man. Wichtiger ist, dass die Bauwirtschaft gut unterwegs ist. Der Redner glaubt, es werde gut gearbeitet. Unter erschwerten Umständen – letzten Frühling gab es Schwierigkeiten mit Planauflagen, auch ein vermehrtes Scannen durch das eBau-Gesuch. Auch Gemeinden und ausserkantonale Fachstellen müssen bereit sein, mitzumachen, ansonsten hilft das Ganze nur bedingt. Daran arbeitet man. Es wird einiges investiert und versucht, die Spitzen zu glätten, aber zaubern kann man nicht, und die Fachleute fallen auch nicht von den Bäumen. Die Leute geben ihr Bestes.

Zur zweiten Frage nach der Effizienz im Homeoffice: Der Zustand war ein Stück weit angeordnet. Könnte man frei wählen, würde man nicht so viele Leute im Homeoffice behalten. Beispielsweise sind bei der Firma Roche viele Mitarbeitende praktisch permanent zu Hause. Umgekehrt kann man sagen, die Firmen tun das, ohne dass die Leistung einbricht. Dies ist auch beim Kanton nicht der Fall. Der ideale Zustand ist einer dazwischen. Künftig wird mehr Homeoffice ermöglicht seitens Regierungsrat, aber nicht in dem Umfang, wie dies heute stattfindet. Dieser Zustand ist der Situation geschuldet. Mittelfristig möchte man eine optimale Lösung – einerseits für den Arbeitgeber und andererseits für die Mitarbeitenden. Der Redner kann die Frage nicht abschliessend beantworten, wie sich das auf die Effizienz auswirkt. Es wird viel gearbeitet, wenn man die Zahlen betrachtet, und das verdient auch Respekt.

Urs Kaufmann (SP) hat eine Zusatzfrage: *Was unternimmt man, damit das eBaugesuch von den Gesuchstellenden mehr eingesetzt wird?* Der Redner wehrt sich dagegen, dass die Gemeinden dafür verantwortlich sein sollen, dass es länger geht – denn das den Gemeinden zur Verfügung gestellte System ist schwer installierbar und benutzbar.

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, man werbe dafür, dass damit gearbeitet wird. Es geht auch um Gewohnheiten. Dazu braucht es mehr Zeit.

Der Redner wollte keine pauschale Aussage machen, dass es wegen den Gemeinden länger dauert – es gibt verschiedene Beteiligte, manchmal liegt es an der Gemeinde, manchmal am Gesuchsteller, manchmal am Bauinspektorat – das Ziel muss sein, dass man möglichst schnell zusammen dieses erreicht.

7. Marc Scherrer: Trägerfirmen der GI DRB das Deponiegelände Roemisloch

Peter Hartmann (Grüne) hat eine Zusatzfrage zu Frage 1: *Gibt es Zweifel aus Sicht des Kantons, dass die Sanierung zielführend sach- und fachgerecht durchgeführt wurde?* Der Regierungsrat antwortet weder mit ja noch mit nein.

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) äussert, es sei eine Kompetenzfrage. Es ist nicht Sache, für andere zu reden, wenn dies nicht in der Zuständigkeit des Regierungsrats liegt. Das steht in der Antwort und scheint korrekt.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
